

# Sozialismus.de

Heft 10-2021 | EUR 8,00 | C 12232

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



**Andreas Flach/Roman Zitzelsberger: Organizing-Rendite**  
**Godela Linde: Entgeltungleichheit/Gender Pay Gap**

**Beiträge u.a. von**

**Stephanie Odenwald, Marion Fisch, Bodo Ramelow, Holger Politt, Klaus Busch, Robert Hinke, Hasko Hüning, Florian Weis, Andreas Aust**



**Forum  
Gewerkschaften**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.  
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter  
[www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de).  
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft  
bzw. ein Abonnement bestellen.

# Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion  
zwischen den monatlichen  
Printausgaben im Netz auf  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

## Kanonenbootpolitik

Die Fregatte »Bayern« nahm Kurs Richtung Indo-Pazifik. Dort operierten bereits Streitkräfte anderer westlicher Mächte. Zwar verzichtet Deutschland auf die Teilnahme an Manövern oder Durchfahrten durch von China beanspruchte Gebiete, als Drohung darf das durchaus gelten.

## Ende des US-Booms?

Die amerikanische Notenbank Fed will trotz der Nervosität an den Finanzmärkten ihre Anleihekäufe demnächst zurückfahren. Die im vergangenen Jahr wegen der Corona-Krise beschlossenen Geldspritzen im Umfang von monatlich 120 Mrd. US-\$ sollen die Liquidität der Finanzmärkte verbessern und die Bereitstellung von Krediten für Haushalte und Firmen erleichtern.

## Bildung in Zeiten von Klimawandel & Pandemie

In der diesjährigen Bildungsstudie der OECD werden erstmals die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (»Sustainable Development Goals« – SDG) bis 2030 zum Mittelpunkt der weltweiten Bildungsberichterstattung gemacht.

## Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und  
Leser:innen das konkret machen  
könnten, steht ebenfalls unter  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

Heft Nr. 10 | Oktober 2021 | 48. Jahrgang | Heft Nr. 466

## Die Wahlen und was aus ihnen folgen sollte

Joachim Bischoff/Bernhard Müller/Björn Radke/Gerd Siebecke: Berliner Republik im Machtvakuum . . . . .	2
Ulrich Bochum/Jeff Butler/Klaus Kohlmeyer/Stephanie Odenwald: Neuaufgabe von Rot-Grün-Rot in Berlin? . . . . .	7
Björn Radke: Klima-Check Kein Wahlprogramm erreichte die notwendigen Klimaziele. . . . .	9
Bodo Ramelow: Von der Praxis linken Regierens . . . . .	12
Hasko Hüning: Wechseljahre Zum Stand der Deutschen Einheit . . . . .	15

## Jahrzehnt der Modernisierung?

Joachim Bischoff: Kein Ausbruch aus dem Interregnum – die Konsequenzen der Richtungswahl. Kritische Anmerkungen zu Wolfgang Streecks neuem Buch. . . . .	21
Michael Wendt: Vom staatsmonopolistischen zum nationalen Kapitalismus . . . . .	28
Robert Hinke: Altenpflege – ein gewerkschaftspolitisches Handlungsfeld. . . . .	33

## Europäische Herausforderungen

Klaus Busch: Zum Zustand der EU 2021 Der Bericht von Ursula von der Leyen vor dem Europäischen Parlament . . . . .	39
Bernhard Sander: Ist das Rennen wieder offen? Vor den Präsidentschaftswahlen 2022 in Frankreich . . . . .	45
Holger Politt: Das Ende im Kohlerevier. Polens Gewerkschaften für den geordneten Ausstieg aus der Steinkohlenförderung bis 2049. . . . .	50

## Forum Gewerkschaften

Andreas Flach/Roman Zitzelsberger: Die Organizing-Rendite. Beteiligungsorien- tierte Erschließungsarbeit ist die richtige Antwort . . . . .	54
Godela Linde: Entgeltungleichheit oder: Der Zauber der Statistik . . . . .	57
Michael Erhardt: Klimagerechtigkeit und sichere Arbeitsplätze Was macht die IG Metall? . . . . .	62
Jörg Reitzig: Zukunftsthemen der Mosaiklinken. . . . .	65

## Spannende Einblicke

Andreas Aust: Kinder der Ungleichheit (zu Carolin und Christoph Butterwegge) . . . . .	66
Florian Weis: Grenzen der Toleranz (zu Alexandra Jaegers und Marcel Bois' Büchern zu GEW-»Unvereinbarkeitsbeschlüssen«) . . . . .	68
Hano Plass: Anti-Apartheid als globalgeschichtliche Disziplin (zu Anna Koniecznas und Rob Skinners »Global History of Anti-Apartheid«) . . . . .	70

## Impressum | Tipps | Film

Impressum. . . . .	67
Tipps zum Hingehen und Anhören. . . . .	72
Marion Fisch: Die Unbeugsamen (Filmkritik) . . . . .	73

# Grenzen der Toleranz

Die GEW und ihre »Unvereinbarkeitsbeschlüsse«

von ■ Florian Weis



Konferenz gegen Berufsverbote in Hamburg 1976

Im kommenden Jahr jähren sich viele wichtige innenpolitische Ereignisse zum fünfzigsten Mal. 1972 steht für den Höhepunkt sozialdemokratisch-liberaler Reformpolitik, hier sei nur an den SPD-Wahlerfolg unter Willy Brandt, den größten der fast 160-jährigen Parteigeschichte, an die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, die die Rechte der Betriebsräte spürbar stärkte und erstmals auch nichtdeutschen Beschäftigten ein aktives und passives Wahlrecht im Betrieb ermöglichte, und an den Grundlagenvertrag mit der DDR erinnert. 1972 steht aber auch für den »Radikalenbeschluss«, wie ihn Jaeger und Bois im Unterschied zu anderen Begrifflichkeiten nennen, der eine systematische Überprüfung der »Verfassungstreue« für Beschäftigte im öffentlichen Dienst und in vielen Fällen Berufsverbote zur Folge hatte. Diese Praxis hatte gravierende Folgen für die DGB-Einzelgewerkschaften, ganz besonders für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), waren doch vor allem Lehrer:innen und Hochschullehrer:innen vom Radikalenbeschluss betroffen. Die GEW und andere DGB-Gewerkschaften standen dem Radikalenbeschluss kritisch gegenüber und unterstützten vielfach die von ihm betroffenen

Kolleg:innen. Gleichzeitig setzten die IG Metall und der DGB, in der Folge dann auch die GEW, aber auch auf eine Abgrenzung gegenüber einigen kommunistischen Gruppen, wobei der DGB 1973 einen seit 1968 bestehenden »Unvereinbarkeitsbeschluss« gegenüber der NPD auf bestimmte linke Gruppen ausweitete. Gewerkschaftsausschlüsse, verweigerte Mitgliederaufnahmen, fehlender Rechtsschutz in arbeitsrechtlichen Konflikten und Funktionsverbote waren die Folge.<sup>1</sup>

**Alexandra Jaeger**  
**Abgrenzungen und Ausschlüsse**  
**Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der**  
**GEW Hamburg in den 1970er Jahren**  
**Beltz/Juventa, Weinheim 2020**

**Marcel Bois**  
**Von den Grenzen der Toleranz**  
**Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der**  
**Gewerkschaft Erziehung und Wissen-**  
**schaft gegen Kommunistinnen und**  
**Kommunisten in den eigenen Reihen**  
**(1974-1980)**  
**Beltz/Juventa, Weinheim 2021**

Vor diesem Hintergrund haben Alexandra Jaeger und Marcel Bois zwei Arbeiten zum Umgang der GEW mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen vorge-

legt. Beide Autor:innen arbeiten an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH). Ihre jeweiligen Studien wurden von der GEW (Hamburg bzw. Bundesverband) beauftragt und werden jeweils mit einem Vorwort der damaligen Bundesvorsitzenden Marlis Tepe bzw. des damaligen stellvertretenden Landesvorsitzenden Fredrik Dehnerdt versehen, in denen die Betroffenen von Ausschlüssen und verweigertem Rechtsschutz um Entschuldigung gebeten werden.

Die Arbeit von Bois bezieht sich auf die zuerst publizierte von Jaeger, zumal sie die bisher einzige vertiefende Regionalstudie zu diesem Thema der GEW-Geschichte ist. Umgekehrt geht Jaeger notwendigerweise auch auf die GEW-Bundesebene ein, wodurch Überschneidungen unvermeidbar sind. Beide Autor:innen kommen dabei, von einigen Nuancen in der politischen Bewertung abgesehen, zu gleichen Ergebnissen.

Für die GEW ergibt sich dabei ein auf den ersten Blick paradox wirkendes Bild: Die Gewerkschaft stellte sich gegen die »Regelanfrage« beim Verfassungsschutz und verhielt sich ausgesprochen kritisch zu den Berufsverboten. Zudem standen mit Erich Frister (Bundesvorsitzender der GEW von 1968 bis 1981) und Dieter Wunder (1972 bis 1975 Landesvorsitzender der GEW in Hamburg, von 1981 bis 1997 Bundesvorsitzender) Personen an der Spitze der jeweiligen GEW-Strukturen, die einer Öffnung der eher traditionellen Lehrer:innengewerkschaft für junge Linke im Zuge der »68er« durchaus offen gegenüberstanden. Beide traten, Frister noch weit stärker und länger als Wunder, dann aber auch für eine deutliche Abgrenzung gegenüber der radikalen Linken ein. Entsprechend sah gerade Frister »die Grenzen der Toleranz« (Bois, S. 42) erreicht und überschritten. Insofern werten Jaeger und Bois die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und eine schärfere politische Abgrenzung nach links teilweise auch als Versuch, die GEW gegen Angriffe aus dem konservativen Lager zu schützen und sich gegen die Berufsverbotspraxis einsetzen zu können, ohne selbst als verfassungsfeindlich zu gelten (etwa Bois, S. 26ff.; Jaeger, S. 24ff.). Andere Motive kamen

hinzu, so generationelle Konflikte innerhalb der GEW-Mitgliedschaft, antikommunistische Traditionen, aber auch das von vielen Gewerkschaftsmitgliedern als überheblich und aggressiv empfundene Auftreten insbesondere der »K-Gruppen« (Bois, S. 14f.; Jaeger, S. 128).

Richteten sich die Berufsverbote zu einem beträchtlichen Teil gegen DKP-Mitglieder, so waren diese von den Unvereinbarkeitsbeschlüssen der GEW und der meisten anderen Gewerkschaften kaum betroffen, wobei der (West-) Berliner Landesverband der GEW eine Ausnahme bildet und zeitweilig aus der Bundes-GEW ausgeschlossen wurde (Bois, S. 63ff.). Im Unterschied zu den maoistisch orientierten K-Gruppen galt die DKP (Deutsche Kommunistische Partei) als überwiegend gewerkschaftsloyal, stellte sie doch das Prinzip der Einheitsgewerkschaft nicht infrage und agierte innerhalb der gewerkschaftlichen Regeln und Kultur. Den maoistischen Gruppen wiederum wurde ein gewerkschaftsschädigendes Verhalten im Stile der RGO-Politik (Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition) der KPD in der späten Weimarer Republik vorgeworfen. In der GEW waren, wie Bois anhand der 282 eindeutig belegten Ausschlüsse zwischen 1974 und 1980 zeigen kann, vor allem Mitglieder des KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschlands; deutlich mehr als die Hälfte der Betroffenen) sowie von KPD/AO (Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbauorganisation) und KPD/ML (Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten) von Ausschlüssen betroffen, kaum aber solche des KB (Kommunistischer Bund; siehe Bois, S. 99), was Bois wie Jaeger u.a. auf das vorsichtiger und auch konspirativere Auftreten des vor allem in Hamburg – relativ – starken KB zurückführen (Jaeger, S. 77; Bois S. 99). DKP-Mitglieder in der GEW kooperierten, insbesondere in Hamburg, zunehmend mit Jusos und linken Sozialdemokrat:innen, womit sie Teil eines in Hamburg zunehmend dominierenden, auf Bundesebene zumindest starken linken Flügels waren. Jaeger sieht dabei auch eine ähnlich unkritische Haltung von DKP- und manchen linken SPD-Mitgliedern zur DDR und SED (Jaeger, S. 107f.).

Problematisch an den Ausschlüssen und Nicht-Aufnahmen von Mitgliedern als Folge der Unvereinbarkeitsbeschlüsse waren vor allem die Unverhältnismäßigkeit und Pauschalierung, die unzureichenden Anhörung und in der Praxis weitgehend wirkungslosen Widerspruchsmöglichkeiten sowie damit eine Vorgehensweise, die einige Ähnlichkeiten zu den von der GEW kritisierten staatlichen Maßnahmen (»Regelanfrage«, Berufsverbote) aufwies. Dies galt ebenso für verweigerter Unterstützung durch den gewerkschaftlichen Rechtsschutz für Angehörige einiger K-Gruppen. Demgegenüber erhielten DKP-Mitglieder bei der GEW und anderen Gewerkschaften vielfach Rechtsschutz, wenn sie gegen eine verweigerter Anstellung oder Entlassung aufgrund des Radikalenbeschlusses vorgehen. Allerdings reagierte die GEW ausgesprochen verärgert darauf, dass DKP-Mitglieder zwar den (für die Gewerkschaften teuren) Verwaltungsgerichtsweg gehen wollten, den Schritt zum Bundesverfassungsgericht aber offenbar aus parteipolitisch-taktischen Gründen ausschlugen (Bois, S. 108f.).

Der Hamburger Landesverband der GEW war 1974 Vorreiter der Unvereinbarkeitsbeschlüsse gewesen, die nach einer Satzungsänderung dann Sache der Bundesebene wurde, wie überhaupt die bis dahin im Vergleich zu anderen Gewerkschaften relativ schwache Bundesebene der GEW in diesen Jahren deutlich gestärkt wurde, was eine weitere Konfliktachse umreißt. Allerdings ging der Hamburger Landesverband auch früher von der Praxis der Unvereinbarkeitsbeschlüsse und Ausschlüsse ab als die Bundesebene, was auch mit der stärker linkssozialdemokratischen neuen Mehrheit in Hamburg zu tun hatte (Jaeger, S. 66ff.). Doch auch auf Bundesebene ging die Zahl der Ausschlüsse als Folge von Unvereinbarkeitsbeschlüssen stark zurück – wurden 1975 noch 123 Mitglieder ausgeschlossen, waren es 1979 nur noch zwei (Bois, S.75). Umgekehrt wurden nicht wenige der ausgeschlossenen Mitglieder später wieder aufgenommen. Die entsprechende Satzungsänderung als Grundlage der Unvereinbarkeitsbeschlüsse wurde 1989 gestrichen (Bois, S. 124).

Für die weitgehende Abkehr von Unvereinbarkeitsbeschlüssen und auf ihnen fußenden Ausschlüssen und verweigerter Aufnahmen führen Bois und Jaeger plausibel verschiedene Gründe an. So habe die extreme Polarisierung ab Ende der 1970er Jahre und in der Folge auch eine gewisse Hysterie abgenommen, während gleichzeitig die SPD-regierten Bundesländer sich von der »Regelabfrage« und der Berufsverbotspraxis weitgehend abkehrten, so etwa der Hamburger Bürgermeister Hans-Ulrich Klose, ohne freilich den Betroffenen ausreichend materielle und moralische Wiedergutmachung angedeihen zu lassen. Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit und vor allem Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen waren gewachsen. Nicht zuletzt steckten die maoistischen Gruppen Ende der 1970er Jahre in einer tiefen Krise – ihr Einfluss und damit, aus Sicht der Gewerkschaftsführungen, die von ihr ausgehende Gefahr war gesunken, was auch für andere Teile der radikalen Linken galt.

Die Studien von Marcel Bois und Andrea Jaeger enthalten wichtige Beiträge sowohl zur Gewerkschaftsgeschichte als auch zur Geschichte einer äußerst heterogenen politischen Linken der Bundesrepublik Deutschland in den siebziger Jahren. Beide Autor:innen zeigen die problematischen Reaktionen auch der Gewerkschaften auf die junge, radikale Linke auf, die zu gravierenden demokratischen Defiziten führten, ohne dabei unkritisch gegenüber den radikaleren Strömungen der westdeutschen Linken von Jusos, DKP und K-Gruppen zu sein. Ähnlich vertiefende Studien für andere Gewerkschaften wären wünschenswert.

*Florian Weis* ist Historiker und arbeitet in der Rosa-Luxemburg-Stiftung; zuletzt schrieb er in Heft 7/8-2021 zu »Schmerzhafte Fragen, komplexe Verflechtungen. Anmerkungen zu Michail Brumliks »Postkolonialer Antisemitismus?«.

<sup>1</sup> Hier seien summarisch nur vier Titel erwähnt, auf die sich auch Bois und z.T. Jaeger beziehen: Rigoll, Dominic: Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr, 2. Auflage, Göttingen 2013. Andresen, Knud: Gebremste Radikalisierung. Die IG Metall und ihre Jugend 1968 bis in die 1980er Jahre, Göttingen 2016. Arps, Jan-Ole: Frühschicht. Linke Fabrikinterventionen in den 70er Jahren, Berlin/Hamburg 2011. Steffen, Michael: Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991, Berlin/Hamburg/Göttingen 2002.

# Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo ([www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)). Beides geht auch mit dem beigegefügtten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum Preis von € 75,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie  Kapital  68er  ABC

Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum verbilligten Preis von € 55,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie  Kapital  68er  ABC

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft \_\_\_\_\_ (3 Hefte zum Preis von € 16,-/Ausland € 25,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Plz, Ort

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

\_\_\_\_\_  
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als  
Postkarte  
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus  
Postfach 10 61 27  
20042 Hamburg

## Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

